

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 33-3 vom 22. März 2018

Rede des Bundesministers für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil,

bei der Aussprache zur Regierungserklärung zu den Themen Arbeit und Soziales
vor dem Deutschen Bundestag
am 22. März 2018 in Berlin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Deutschland ist ohne Zweifel ein starkes Land, wirtschaftlich erfolgreich, international angesehen. Und doch dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass es Spaltungen, dass es neue Bruchlinien in unserer Gesellschaft gibt: Spaltungen zwischen Regionen – wirtschaftliche Disparitäten genannt –, Spaltungen zwischen Generationen, Spaltungen in der Einwanderungsgesellschaft, Spaltungen im Arbeitsleben und auch Spaltungen bei Einkommen und Vermögen. Das ist der Grund dafür, warum trotz guter wirtschaftlicher Lage, trotz einer alles in allem nach wie vor stabilen Gesellschaft und Demokratie viele Menschen Angst haben, Zukunftsängste haben, Zukunftssorgen haben.

Die zentrale Frage für diese Bundesregierung und für mich als Minister wird daher sein: Wie halten wir in Zeiten rasanten Wandels, rasanten gesellschaftlichen und technologischen Wandels unsere Gesellschaft zusammen?

Meine Antwort ist klar: Es gibt *zwei* Dinge, die wir leisten müssen.

Zum *einen* geht es um einen starken, handlungsfähigen Sozialstaat, der Lebensrisiken verlässlich und armutsfest absichert, auf den sich die Menschen verlassen können. Ich bin aber auch der Meinung, dass der Sozialstaat mehr leisten muss: Er muss, wo immer es geht, Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnen. Deshalb bemisst sich

für mich die Qualität des Sozialstaates nicht allein an der Frage der Höhe des sozialen Transfers – er ist notwendig, er muss armutsfest sein bei großen Lebensrisiken –, aber die eigentliche Frage ist, ob wir es schaffen, nicht Menschen in Armut zu verwalten, sondern ihnen die Chance auf ein freies und selbstbestimmtes Leben zu eröffnen. Deshalb brauchen wir einen verlässlichen und handlungsfähigen, aber eben auch einen stärker vorsorgenden Sozialstaat, der dafür sorgt, dass Menschen wirklich selbstbestimmt, möglichst in Arbeit mit gutem Einkommen, ihre Familien ernähren können, dass Kinder gleiche Chancen haben, unabhängig von ihrer Herkunft. Es geht darum, die sozialen Voraussetzungen für ein freies und selbstbestimmtes Leben zu schaffen. Dafür werden wir arbeiten.

Zum *Zweiten* ist wichtig, wenn wir unsere Gesellschaft zusammenhalten wollen: Es darf nicht nur um den Staat gehen, um einen starken und handlungsfähigen Staat, um einen sozialen Rechtsstaat, sondern es geht auch darum, dass die Menschen das Gefühl haben, dass es in diesem Land fair und gerecht zugeht. Nur wenn es uns gelingt, dass die Menschen in diesem Land zu Recht das Gefühl haben, dass sie Teil einer Gesellschaft sind, einer vielfältigen Gesellschaft, aber eben einer Gesellschaft, werden wir in Zeiten rasanter Umbrüche unser Land zusammenhalten können.

Deshalb hat sich diese Regierung ehrgeizige Ziele gesetzt. Das zentrale Ziel, das wir uns in dieser Legislaturperiode auf die Fahnen geschrieben haben, ist, dass wir nach der guten Entwicklung, die wir am Arbeitsmarkt miteinander erreicht haben, tatsächlich für Vollbeschäftigung in Deutschland sorgen. Wenn ich von Vollbeschäftigung rede, dann gehören dazu eine gute Lohnentwicklung ebenso wie eine stärkere Tarifbindung und – nicht zu vergessen – anständige Arbeitsbedingungen. Wir wollen nicht irgendeine Vollbeschäftigung. Wir wollen gute Arbeit, wir wollen die Menschen in gute Arbeit bringen.

Deshalb wird es in einem der ersten Gesetze, das ich in den ersten 100 Tagen als Minister auf den Weg bringen werde, das längst überfällige Recht auf befristete Teilzeit geben. Worum geht es dabei? Es geht vor allen Dingen um die Lage von Frauen am Arbeitsmarkt, die manchmal freiwillig, aber ganz oft unfreiwillig in Teilzeit arbeiten. Vor geraumer Zeit haben wir das Recht auf Teilzeit geschaffen. Das war gut und richtig so.

Aber es kann und darf nicht sein, dass das ein Dauerschicksal wird, weil das mit Einkommen und letztlich auch mit Auskommen zu tun hat und weil es auch um die Sicherung des Lebensstandards im Alter geht. Wer sein Leben lang nur Teilzeit arbeitet, erwirbt keine Rentenanwartschaften, die wirklich reichen. Deshalb ist es eine Frage der Fairness und Gerechtigkeit, dass diese Koalition das endlich durchsetzt. Ich bin Andrea Nahles dankbar für die Vorarbeiten, aber vor allen Dingen dafür, dass sie das in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt hat. Das wird in den ersten 100 Tagen auf den Weg gebracht.

Beim Thema „Alterssicherung und Rente“ geht es auch darum, recht kurzfristig dafür zu sorgen, dass das Rentenniveau in Deutschland stabil bleibt. Wir werden die Rentenanpassungsformel ändern und gleichzeitig dafür sorgen – Stichwort: doppelte Haltelinie –, dass wir stabile Beiträge in Deutschland haben. Beides ist notwendig, und beides werden wir in diesem Jahr gesetzgeberisch angehen.

Die Einführung der Grundrente ist ebenfalls eine Frage der Fairness und des Anstands. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen – auch in diesem Fall sind es vor allen Dingen Frauen –, die ihr Lebtag gearbeitet haben, die hart gearbeitet haben, trotz niedriger Löhne im Laufe ihres Arbeitslebens am Ende mehr haben als diejenigen, die nie gearbeitet haben. Deshalb ist die soziale Grundsicherung das eine und die Grundrente das andere. Wir wollen das schaffen, und wir werden das schaffen.

In der letzten Legislaturperiode hat meine Amtsvorgängerin Andrea Nahles in der damaligen Großen Koalition dafür gesorgt, dass wir Verbesserungen im Bereich der Erwerbsminderungsrente durchsetzen konnten. Wir haben dafür gesorgt, dass die Menschen, die aufgrund körperlicher und manchmal auch psychischer Probleme einfach nicht mehr arbeiten können, im Übergang zum Ruhestand bessere Leistungen bekommen. Ich freue mich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von CDU, CSU und SPD, dass wir es geschafft haben, uns in diesem Koalitionsvertrag auf eine Verbesserung dieser Leistungen zu verständigen. Wir werden sie weiter verbessern, weil wir flexible Übergänge in den Ruhestand brauchen, weil die Lebenssituationen der Menschen sehr unterschiedlich sind. Wir werden uns bemühen, wo immer es geht, unseren Beitrag zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit zu leisten, und dafür sorgen, dass Ar-

beit nicht krank macht. Aber wir müssen der Realität ins Auge sehen: Es gibt Menschen, die können nicht mehr; die brauchen einen flexiblen Übergang in den Ruhestand.

Wir werden bis zum Sommer die Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ einsetzen. Bei all dem, was ich eben beschrieben habe, bei all dem, was wir fest vereinbart haben, nehmen wir die nächsten Jahre in den Blick. Wir müssen die Rente aber auch langfristig krisenfest, armutsfest und stabil halten. Das betrifft übrigens nicht nur die Rente, sondern die Alterssicherung insgesamt. Wie die Kommission genau zusammengesetzt wird, das werde ich im Sommer entscheiden. In jedem Fall werden Vertreter der Sozialpartner und der Wissenschaft dabei sein. Ich kann Ihnen eins versichern: Ob Sie in der Kommission sind oder nicht, wenn Sie gute Vorschläge haben, dann schieben Sie diese rüber, und wir werden darüber diskutieren.

Denn Folgendes ist wichtig, wenn Sie sich konstruktiv einbringen wollen: Egal ob es um das gesetzliche Rentenversicherungssystem geht oder um die betriebliche Rente – da ist schon Gutes passiert – oder um eine notwendige kritische Überprüfung der privaten Altersvorsorge hinsichtlich ihrer Verteilungswirkung und ihrer Finanzierungseffekte: Sie sollten, wenn Sie Beiträge leisten – und darum bitte ich Sie –, immer im Blick haben, dass die Zukunft der Rente in der Zeit, über die wir reden, in der die Babyboomer in Rente gehen, im Wesentlichen davon abhängt, wie es am Arbeitsmarkt aussieht; ob wir Vollbeschäftigung erreichen, ob wir für eine gute Lohnentwicklung sorgen. Wenn Sie in dieser Richtung gute Vorschläge haben und diese auch noch realistisch sind, dann sind Sie herzlich eingeladen, ob Sie Mitglied der Kommission sind oder von außerhalb. Sie werden gehört; das sage ich Ihnen zu.

Es geht um einen verlässlichen Generationenvertrag. Eins werden Sie mit mir nicht erleben: dass die oberflächliche Art und Weise, wie manchmal öffentlich über die Rente und die Alterssicherung diskutiert wird, so fortgesetzt wird, dass wir zulassen, dass in diesem Land Generationen gegeneinander ausgespielt werden. Das kann und darf nicht sein. Die Rentnerinnen und Rentner von heute und diejenigen, die rentennah sind, sind keine Empfänger von Mildtätigkeiten des Staates, sondern Männer und Frauen, die hart gearbeitet haben. Die Rente ist ein soziales Recht, das Menschen sich erworben haben, und dabei muss es auch bleiben.

Um gleichzeitig dafür zu sorgen, dass wir die mittlere und die jüngere Generation bei den Beiträgen nicht überfordern, werden wir einen Interessenausgleich herstellen müssen. Wie gesagt, die Zukunft des Alterssicherungssystems am Ende der 20er Jahre entscheidet sich vor allen Dingen am Arbeitsmarkt. Deshalb habe ich auf diesen Zusammenhang hingewiesen.

Ein Herzensanliegen ist für mich, dass wir im Ministerium für Arbeit und Soziales, aber auch in der Bundesregierung insgesamt unseren Beitrag dazu leisten, die Lebensperspektiven für Kinder und Jugendliche in diesem Land spürbar und dauerhaft zu verbessern. Ich habe vor, gemeinsam mit Ressortkollegen einen Masterplan gegen Kinderarmut auf den Weg zu bringen. Wir haben mit Franziska Giffey eine Familienministerin, die in ihrem Verantwortungsbereich dafür sorgen wird, dass der Kinderzuschlag verbessert wird. Das ist vor allen Dingen notwendig, damit Frauen, vor allem alleinerziehende Frauen, die zwar arbeiten, aber – nur aufgrund der Tatsache, dass sie Kinder haben – in der Grundsicherung sind, aus der Grundsicherung herauskommen. Der Kinderzuschlag ist von Renate Schmidt auf den Weg gebracht worden. Wir werden ihn so ausbauen, dass Menschen, die arbeiten, nicht in der Grundsicherung sein müssen. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Fortschritt.

Wir werden das Schulbedarfspaket verstärken. Ich freue mich, dass die Kollegin im Bildungsministerium die Möglichkeit hat, mit den Mitteln, die wir zur Verfügung stellen werden, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen auszubauen und dafür zu sorgen, dass unsere Schulen die Kinder und Jugendlichen auf ein selbstbestimmtes Leben so vorbereiten, dass wir den Zusammenhang von Lebensweg und Herkunft endlich durchbrechen. Das Leben muss für die Menschen offen sein. Nicht Herkunft, Hautfarbe oder Geschlecht dürfen über das Schicksal von Menschen entscheiden, sondern jeder und jede muss die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Deshalb ist die Teilhabe an Bildung für Kinder im Kampf gegen Kinderarmut genauso wichtig wie vernünftige Arbeitsplätze und gute Löhne für die Eltern.

Last, but not least: Ein zentraler Schwerpunkt meiner Arbeit wird die Zukunft der Arbeit im digitalen Wandel sein. Es geht eben nicht nur um Wirtschaft 4.0 und Industrie 4.0, sondern es geht in der Zukunft vor allen Dingen um Arbeit 4.0. Ich habe keine Angst

vor dem technologischen Fortschritt. Wir alle sollten keine Angst vor dem technologischen Wandel haben. Aber wir wissen, dass wir eine ganze Menge tun müssen, damit aus technologischem Fortschritt auch sozialer Fortschritt werden kann. Das kommt nicht von alleine. Dabei werden die Sozialpartner gefragt sein, und dabei ist auch der Staat gefragt. Sicherheit im Wandel zu schaffen, dafür zu sorgen, dass wir den Strukturwandel, der rasant auf uns zukommt, erfolgreich gestalten, dass wir den politischen Rahmen für die Arbeit in der Plattformökonomie gestalten oder in modernen Fabriken, wo Menschen mit Maschinen und Maschinen mit Maschinen interagieren werden – das ist die Gestaltungsaufgabe der Zukunft.

Ich spreche aus Erfahrung, wenn ich Ihnen sage: Man kann den Strukturwandel erfolgreich gestalten. In meiner Heimatstadt waren früher 10.000 Leute im Stahlwerk beschäftigt, jetzt sind es 800. Wir hatten schwierige Zeiten mit Arbeitslosenquoten von 16, 17 Prozent; jetzt sind wir bei 5 Prozent. Das ist ein Beispiel dafür, dass der Strukturwandel gelingen kann. Aber dafür waren staatliche Unterstützung und auch das Handeln der Tarifpartner und der Sozialpartner in diesem Bereich notwendig.

Meine Lebenserfahrung zeigt, dass wir den Strukturwandel, der vor uns liegt, beherzt angehen, aber auch sozial flankieren müssen. Denn was unser Land sich nicht leisten kann, sind Strukturbrüche, die Menschen verletzen. Dafür will ich arbeiten: dass wir den Wandel so gestalten, dass alle Menschen die Chance auf sozialen Fortschritt haben.

Deshalb zum Schluss: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist das Haus, das, zusammen mit anderen, eine besondere Verantwortung für die Soziale Marktwirtschaft in unserem Land hat, weil es eben auch das Haus der Sozialpartnerschaft ist. Ich setze auf die enge Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Gewerkschaften, weil wir nur gemeinsam den Wandel gestalten können, wissend, dass es unterschiedliche Interessen gibt und dass wir auch Mechanismen für den Interessenausgleich finden müssen. Wenn es beispielsweise um die Fachkräftesicherung geht, dann kann das die Politik nicht alleine regeln, sondern es ist vor allen Dingen Aufgabe der Unternehmen, für ihre eigenen Fachkräfte zu sorgen. Die Politik hat aber eine Verantwortung – und die Gewerkschaften auch. Das können wir nur gemeinsam durch den Ausgleich der Interessen von Beschäftigten und Arbeitgebern hinbekommen.

Für mich ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im doppelten Sinne die Herzkammer der Bundesregierung. Wenn es bei uns zu Herzrhythmusstörungen kommt, dann führt das nicht nur zu sozialen, sondern auch zu ökonomischen Verwerfungen. Für uns sind wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze; sie sind wechselseitige Bedingungen. Wir können soziale Sicherheit auf hohem Niveau nicht sichern, wenn wir nicht wirtschaftlich erfolgreich sind; das ist gar keine Frage. Umgekehrt können wir uns aber die Ausgrenzung von Menschen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und von Arbeit nicht leisten – auch ökonomisch und übrigens auch hinsichtlich der demokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft nicht.

Deshalb soll das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Herzkammer der Bundesregierung sein – als starkes Ministerium für einen handlungsfähigen sozialen Rechtsstaat. Wenn wir auf diesem Weg am Ende dieser Legislaturperiode unseren Beitrag dazu geleistet haben, die Spaltung in der Gesellschaft zu überwinden, sodass sich die Menschen wirklich wieder mit gutem Recht auf die Zukunft freuen können, dann haben wir das Richtige getan.

In diesem Sinne möchte ich mich mit Ihnen gemeinsam an die Arbeit machen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundestag und allen Fraktionen, die bereit sind, konstruktiv zu arbeiten.

* * * * *